

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 3.— Mk., vierteljährlich 24.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 3.— Mk. von auswärts 4.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bef. Tarif, die 3-spaltige Reklamazeile 1.— Mk. von auswärts 12.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945
E. P. editio: Am Spandhaus 6. — Telefon 3200.

Nr. 33

Mittwoch, den 8. Februar 1922

13. Jahrgang

Beendigung des Eisenbahnerstreiks.

Die Besprechungen, die zwischen der Reichsregierung und Vertretern der Gewerkschaften wegen Beilegung des Eisenbahnerstreiks geführt wurden, wurden gestern nachmittag vom Reichskanzler mit Vertretern des Deutschen Beamtenbundes und einem Vertreter der Postgewerkschaft wieder aufgenommen. Sie führten gestern abend 9 Uhr zu einem positiven Ergebnis. Die Verhandlung bezog sich zuletzt nur noch auf die Frage der Disziplinierung ausländischer Beamten. Nachdem die Beamtenvertreter unter inwischen geklärten Voraussetzungen den alsbaldigen Abbruch des Streiks in Aussicht stellten, wurden zwei Vertreter der Reichsgewerkschaft zu einer letzten Aussprache beigezogen. Es wurde über eine Erklärung Übereinstimmung erzielt, nachdem das Kabinett von dem Gang der Verhandlungen Kenntnis genommen und das vom Reichskanzler vorgetragene Ergebnis gebilligt hatte. Die Erklärung lautet:

„Die Reichsgewerkschaft gibt die Versicherung ab, daß sie noch heute abend den Streik der Reichsgewerkschaft als beendet erklären wird, nachdem der Herr Reichskanzler seinerseits im Namen der Reichsregierung ausgesprochen hat, daß bei sofortigem Abbruch des Streiks die Disziplinierung nach den vom Gesamtkabinett aufgestellten Richtlinien erfolgen wird. Die Reichsregierung wird bei sofortigem Abbruch des Streiks von der Anwendung und Durchführung der Disziplinarmaßnahmen von Massendisziplinarverfahren und Massenentlassungen absehen. Den in Frage stehenden Beamten wird ihr Beschwerderecht selbstverständlich vollständig gewahrt werden.“

Damit kann der Streik der Eisenbahner als beendet gelten. Die Vertreter der Reichsgewerkschaft erklärten, noch am Abend an ihre Organisationen im Lande telegraphisch die Weisung zum Abbruch des Streiks ergehen lassen zu wollen. Durch die Einrichtung des Notbetriebes war es, wie das Reichsverkehrsministerium mitteilt, bereits gelungen, in den letzten 24 Stunden in den Streikbezirken annähernd 2000 Züge zu fahren. Allein im Ruhrkohlenbezirk sind gestern am Tage 124 Kohlenzüge gefahren worden. Durch weiteren Ausbau des Notbetriebes bestand Aussicht, das Wirtschaftsleben auch bei einer weiteren Andauer des Streiks vor dem Erliegen zu bewahren. Die Zentrale des Deutschen Eisenbahnerverbandes hatte gestern die Anweisung an alle ihre Mitglieder erlassen, daß sie von Donnerstag, den 9. Februar, nachmittags 2 Uhr an, jede Arbeit zu verrichten haben, die ihnen von der Verwaltung nach Maßgabe ihrer Befähigung aufgetragen wird. In Oldenburg hatte der Deutsche Eisenbahnerverband durch Anschlag bekanntgegeben: „Für uns besteht kein Streik mehr. Arbeit sofort und überall aufnehmen.“

Infolge dieses entschiedenen Abbrüchens von der gewissenlos herbeigeführten Streikbewegung war es für die Führer der Reichsgewerkschaft höchste Zeit geworden, von der Verhandlungsgelegenheit den einzig vernünftigen Gebrauch zu machen, nämlich den einer Verständigung und der Beendigung des Streikes. Im Interesse des deutschen Wirtschaftslebens wie auch im Interesse der Gewerkschaftsbewegung der Eisenbahnbeamten ist die erreichte Verständigung nur zu begrüßen. Die Beamten haben nun die Gelegenheit, ihre Forderungen in Gemeinschaft mit den anderen Eisenbahnerverbänden zur Verhandlung zu stellen und wird es ihnen dabei, soweit es sich um ihre berechtigten Ansprüche handelt, an der Unterstützung der Sozialdemokratie nicht fehlen. Hoffentlich nehmen die Führer der Reichsgewerkschaft aus diesem Kampf die Lehre mit nach Hause, daß sie die Interessen ihrer Mitglieder nur dann erfolgreich vertreten, wenn sie verantwortungsbewußt nach den von der Arbeiterschaft in jahrzehntelangen Kämpfen erprobten Gewerkschaftsmethoden handeln, und zwar im solidarischen Einvernehmen mit den übrigen Gewerkschaften.

Die Abfassung der gemeinsamen Erklärung der Regierung und der Reichsgewerkschaft, die Beilegung des Streikes, gingen natürlich nicht ohne Schwierigkeiten vor sich. Die Hauptschwierigkeit bestand in der Frage der von der Regierung beabsichtigten Maßregelung der Streikführer. Die Regierung wollte, daß der Reichsverkehrsminister Gröner über diese Frage entscheiden sollte. Die streikenden Eisenbahner waren unbedeutend dagegen, und zwar wurden sie darin auch

von den Gewerkschaften unterstützt. Die in der Erklärung von der Regierung gemachte Zusage, bei sofortiger Arbeitsaufnahme von Maßregelungen abzulassen, scheint in der Regierung nicht einmütig gebilligt zu werden. Nach einer allerdings noch sehr vorläufig aufzunehmenden Meldung der „Vossischen Ztg.“ soll der Reichsverkehrsminister Gröner die Absicht haben, demnächst zurückzutreten. Der Grund kann, da Gröner von vornherein einen scharf ablehnenden Standpunkt gegen alle Verhandlungen mit den Streikenden einnahm, nur in der vereinbarten Erklärung erblickt werden.

Da in mehreren Direktionsbezirken bereits schon gestern der Zugverkehr im engen Maßstabe durchgeführt wurde, ist damit zu rechnen, daß der Verkehr in wenigen Tagen wieder ordnungsgemäß durchgeführt wird. Damit findet eine Bewegung ihren Abschluß, die zwar den extremen Parteien der Linken und Rechten hinreichend Gelegenheit zu ihrer beliebigen Hege bot, die aber in ihrer katastrophalen Wirkung ein neues gewissenloses Spiel mit der Existenz des deutschen Volkes war.

Kommunistische Generalstreikhege.

Vor dem Abbruch des Berliner Gemeindearbeiterstreiks.

Die Großberliner Betriebsräte versammelten sich gestern nachmittag im Gewerkschaftshause, nachdem die für Montag angesetzte Versammlung wegen geringer Beteiligung hatte vertagt werden müssen. Das Referat über die Stellung der Betriebsräte zum Eisenbahnerstreik und zum Zustand der Berliner Gemeindearbeiter hielt der Unabhängige Barth. Seine Ausführungen wurden von wüsten Zwischenrufen der Tribünenbesucher unterbrochen, so daß sie zum großen Teil unverständlich blieben. Inzwischen hatte sich auf der Straße, dem Hofe und auf den Treppen des Gewerkschaftshauses eine tausendköpfige Menge angesammelt, die gegenüber Barth, als er den Saal verlassen wollte, eine drohende Haltung annahm, so daß er nur mit Not einer körperlichen Mißhandlung entging.

Nach den Ausführungen mehrerer Diskussionsredner gelangte schließlich eine Resolution zur Annahme, in der es heißt: Angesichts des Kampfes der Eisenbahnbeamten und -arbeiter um ihre Existenz und der unverständlichen Haltung der Regierung hält die Großberliner Betriebsrätegeneralversammlung die Proklamierung des Generalstreiks für ganz Deutschland für unbedingt notwendig und fordert die Betriebsrätezentrale auf, auf die Spitzenverbände energisch einzuwirken.

Zu dieser Entschließung veröffentlichte die S.P.-Betriebsräte im „Vorwärts“ eine Erklärung, in der sie hervorheben, daß der Beschluß unter dem Druck der Tribüne angenommen wurde und daher nie und nimmer einen Generalstreikbeschuß bedeutet.

Inzwischen ist auch unter den Streikenden der Berliner städtischen Betriebe eine starke Ernüchterung eingetreten und wird die Beilegung des Eisenbahnerstreiks auch diese gegen den Willen der Gewerkschaftsleitung herbeigeführte Bewegung zu einem schnellen Abschluß führen. Es wird bereits für heute mit einer Wiederaufnahme der Arbeit gerechnet. Die Streikleitung hat nämlich bereits gestern abend den Abbruch des Streiks empfohlen. Da die Oblenke der städtischen Betriebe das Gegenteil beschlossen, soll die Entscheidung heute früh durch Abstimmung der städtischen Arbeiter erfolgen.

Durch das Einsetzen der technischen Nothilfe ist es im Laufe des gestrigen Tages gelungen, eine Reihe der Berliner städtischen Elektrizitätswerke wieder in Betrieb zu setzen. Sämtliche Krankenhäuser und Kliniken können wieder mit Strom und Licht versorgt werden, ebenso die großen lebenswichtigen Betriebe, namentlich die Großbäckereien. Auch die Wasserversorgung der Bevölkerung ist wieder sichergestellt. Das Personal der Hochbahn hat in der Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit die Aufrechterhaltung des Betriebes beschlossen.

Unter diesen Umständen braucht erfreulicherweise mit einer weiteren Ausbreitung der nicht nur den Verkehr und das Wirtschaftsleben gefährdenden, sondern auch den Leib und das Leben bedrohenden Streikbewegung nicht gerechnet werden. Der der Betriebs-

räteversammlung durch die Kommunisten mit Hilfe der von wilden Elementen besetzten Tribüne abgezwungene Generalstreikbeschuß hat in Anbetracht des wachsenden Willens der Arbeiterschaft auf Wiederaufnahme der Arbeit und des wirkungsvollen Einsetzens der technischen Nothilfe kaum noch Bedeutung.

Die kommunistische Generalstreikparole entspricht, wie in allen bisherigen Fällen, natürlich nicht der Absicht, irgendwelche wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterschaft zu unterstützen, sondern nur, um die günstige Gelegenheit zur Entfaltung neuer Unruhen auszunutzen. Dies haben anscheinend nun endlich auch die Unabhängigen eingesehen, deren bekannter Führer Emil Barth in der Betriebsräteversammlung am entschiedensten gegen den Generalstreikunfug auftrat. Allerdings bei den Kommunisten nur mit dem Erfolg, den die Unabhängigen früher gern selbst Andersdenkenden bereitetten; er wurde niedergeschrien. Angesichts der Entspannung, die inzwischen eingetreten ist, verliert der auf so zweifelhafte Art zustande gekommene „Beschuß“ der Betriebsräte naturgemäß jede Bedeutung.

Berlin, 7. Febr. (WZV.) Das deutsche Note Kreuz erklärt einen Aufruf, in dem darauf hingewiesen wird, daß dadurch, daß die sanitären Einrichtungen aus Wassermangel versagen, die Infektionsgefahren in ungeahntem Maße wachsen. Das Leben ungezählter Hilfsloser steht auf dem Spiel und muß oft genug zugrunde gehen, wenn der Bevölkerung nicht schnell wieder Wasser, Licht und Wärme zugeführt wird. Der Aufruf ist auch von den Direktoren der Universitätsfrauenklinik, der Kinderklinik, der Charité und des städtischen Krankenhauses am Urban unterzeichnet worden.

Falsche Streikgerüchte.

Magdeburg, 7. Febr. (WZV.) Das Oberpräsidium teilt mit: Die im Reich verbreitete Nachricht, daß im mitteldeutschen Kohlenrevier ein Bergarbeiterstreik stattfinden ausbrechen kann, entbehrt jeder Grundlage. Ebenso unwahr ist, daß in Sachsen ein kommunistischer Aufstand zu befürchten sei.

Berlin, 7. Febr. (WZV.) Im Reichspostministerium ist von einem beabsichtigten Streik der Berliner Post- und Telegraphenbeamten nichts bekannt.

Berlin, 7. Febr. (WZV.) Die unter Bruch des Tarifvertrages und unter Mißbilligung der Gewerkschaftsleitung in den Streik getretenen Berliner Telegraphenarbeiter sind auf Anordnung des Reichspostministeriums von den vorgeordneten Beamten angefordert worden, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Wer der Aufforderung bis Donnerstag früh nicht Folge leistet, hat sich als entlassen zu betrachten.

Polnische Willkür in Wilna.

Die Litauische Telegraphen-Agentur meldet aus Nowo: Am 5. Februar beförderte Polen 20 in Wilna verhaftete Litauer und 13 Weiskrassen, die einzeln eingesperrt und täglich nur fünf Minuten hinausgelassen worden waren, nach der neutralen Zone. Mit Bajonetten bewaffnete Polizisten trieben die Gefangenen zur Bahn. Trotz der wiederholten Forderung der Verhafteten wurde nur ein kleiner Teil gerichtlich vernommen. Die Untersuchung ergab die Unrechtmäßigkeit der Verhaftung. Bei den Verhafteten wurde kein belastendes Material vorgefunden.

Der Völkerbund sollte sich endlich seiner Pflicht erinnern und dieser brutalen Willkürherrschaft Polens in fremden Gebieten entgegenreten.

Der neue Moskauer Sowjet.

Von Diktator Gnaden.

Der Zentralwahlausschuß hat nach Abschluß der „Wahlen“ zum Moskauer Sowjet 1688 Mitglieder bestätigt. Davon entfallen auf die Kommunisten 1477, Parteilozen 207, Menschewisten drei und Sozialrevolutionäre eins. Die „Wahlen“ wurden unter dem üblichen Druck von Seiten der Behörden durchgeführt. Die Wähler mußten ihre Stimmen in Wahlversammlungen öffentlich abgeben und die Verhaftung von Mitgliedern der sozialistischen Parteien wurde vor den Wahlen besonders intensiv vorgenommen. Die „Wahler Pranda“ erklärte bei Beginn der Wahlen, die von den Menschewisten aufgestellte Forderung nach freien Sowjetwahlen sei mit der Diktatur des Proletariats unvereinbar und ebenso gegenrevolutionär wie die Forderung der Überführung einer Konstituante.

Der Kampf um die Arbeitsfreiheit in Amerika.

In dem Kampf, den die „Vereinigten Bergarbeiter von Amerika“ (United Mineworkers of America) für ein freies Versammlungswort der Arbeiter für West-Virginia führen, stehen sich die Bergwerksbesitzer in ihrer ganzen Unversöhnlichkeit.

Auf den offiziellen Versöhnungsvorschlag der „Vereinigten Bergarbeiter“ ließen die Unternehmer der mit der Untersuchung der blutigen Zusammenstöße beauftragten Senatskommission durch den Mund ihres juristischen Vertreters erklären: „Wir wünschen unter keinen Umständen eine Konferenz mit einer Bande von Unversöhnlichen, weder mit einzelnen, noch durch Vermittlung des geehrten Komitees, noch durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten oder sonst irgend jemanden.“

Sie haben überdies die Hilfe der Gerichte angelernt, um die Bergarbeiterorganisationen zu verhindern, ihre organisatorische Arbeit in West-Virginia fortzusetzen.

In der Eingabe an den Richter wird der Nachweis erbracht, daß die Organisationsbestrebungen der Bergarbeiter West-Virginias ungeschichtlich seien. Die Bemerkungen der „Vereinigten Bergarbeiter von Amerika“, alle amerikanischen Bergarbeiter in ihrer Organisation zu vereinigen, soll dem Geist der Ebermann Anti-Trust-Bill widersprechen und die freie Konkurrenz zwischen den verschiedenen Steinkohlenebenen unmöglich machen. Die Bergarbeiter West-Virginias wollen nicht, wie dies seitens der Bergwerksbesitzer bestimmter anderer Staaten Amerikas geschieht, die Bergarbeiterorganisationen anerkennen und Kollektivverträge abschließen, wobei die Lohnhöhe im Verhältnis zu dem größeren oder geringeren Steinkohlengehalt der Schächte gemeinsam festgesetzt werden.

Das Bestreben der „Vereinigten Bergarbeiter“, die Bergarbeiter von West-Virginia zum Anschluß an den Verband zu veranlassen, wird, als Teil eines allgemeinen Versuches dargestellt, die ganze Kohlenindustrie in den Vereinigten Staaten zu monopolisieren, bis es der „United Mineworkers Organisation“ gelingt, die ganze Kohlenproduktion der Republik zu umfassen.“

Dem Bergarbeiterverband soll es nicht nur verboten werden, seine Organisationsarbeit in West-Virginia fortzusetzen, sondern dem Richter war es mit seiner Entscheidung darum zu tun, die Bewegung überhaupt zu treffen. Und er glaubt, dieses Ziel am besten durch ein Verbot der Anwendung des „Check-off-Systems“ zu erreichen, demzufolge die Unternehmer die Beiträge für die Gewerkschaft in Abzug bringen und sie der Bergarbeiterorganisation überweisen.

Dieses System erspart die Kosten des Einkassierens und vereinfacht die Verwaltung. Die Abschaffung würde für den Bergarbeiterverband zweifellos eine finanzielle Einbuße bedeuten. Der Richter begründet die Notwendigkeit, das Check-off-System abzuschaffen, mit dem Hinweis, „daß es das ungeschichtliche Bestreben der Bergarbeiterorganisation, die noch nicht organisierten Bergarbeiter zwangsweise der Organisation anzuschließen, unterstützt, und ein Angriff auf das Prinzip der freien Konkurrenz ist.“

Von den circa 600 000 Mitgliedern des Bergarbeiterverbandes zahlen 350 000 ihre Beiträge mittels des Check-off-Systems. Als nach der großen Kohlenbewegung nach dem Waffenstillstand die „United Bituminous Coal Commission“ vom Präsidenten Wilson mit der Schlichtung des Konfliktes betraut wurde, wurde das Check-off-System in einem Uebereinkommen zwischen der „Central Competitive Bituminous Coal Fields“ einerseits und der „United Mineworkers of America“ andererseits in einem Uebereinkommen anerkannt. Die Durchführung der oben erwähnten richterlichen Entscheidung wird denn auch vom Bergarbeiterverband als ein Bruch der mit den Unternehmern geschlossenen und unter der Leitung der Regierung zustande gekommenen Vereinbarung, die noch bis 31. März 1922 rechtskräftig ist, angesehen.

Der Appellationsgerichtshof der Vereinigten Staaten hat auf Grund der Berufung der Vereinigten Bergarbeiter die richterliche Entscheidung bis zur Wiederaufnahme des Verfahrens suspendiert.

In amerikanischen Arbeiterkreisen sieht man in dieser richterlichen Entscheidung einen neuerlichen Versuch des Großkapitals, die Macht der Arbeiterkraft zu brechen, und das vom Unternehmertum ererbte System der „offenen

Arbeitsfreiheit“ (open shop) wieder einzuführen. Demnach ist der größte Teil der Bergarbeiter auf den Gerichten angewiesen und von ihm abhängig. Die Arbeiterfreundlichkeit des Richterlichen ist fraglich.

Der Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, Comper, hat sich in entsetzlicher Weise über diese Ungerechtigkeit geäußert.

Der Amerikanische Gewerkschaftsbund hat auf seinen Kongressen mit vollem Bewußtsein den Standpunkt vertreten, daß derartige gerichtliche Entscheidungen nicht beachtet werden dürfen — ohne Rücksicht auf die Folgen. Der Kampf für Freiheit und Recht wird nicht auf Befehl eines autoritativen Richters zum Stillstand gebracht werden.

Ein Aufruf M. Gorkis für die Wolga-Deutschen.

Maxim Gorki, der in St. Wlaffen von der Aktion der Tübinger Studentenschaft zugunsten der Deutschen an der Wolga und im Schwarzmeergebiet gehört hat, erlief folgenden Aufruf:

Bürger! Ich weiß, daß Deutschland im Augenblick nicht so fett ist, daß es sein Brot mit anderen teilen kann. Aber die Not zwingt mich, Sie an das Schicksal Ihrer Stammesbrüder zu erinnern, die in Rußland Hungers sterben.

Die Bevölkerung der deutschen Kolonien der Wolgaregion, des taurischen und anderer Gouvernements des russischen Südens verschwindet. Täglich verhungert der ruffrige Tod Duzende von Menschen, die schon einige Monate kein Brot gegessen haben, sich wie die Tiere von Gras und Wurzeln ernährend. Es stirbt ein ganzer Stamm gelinder, harter Menschen. Ueberall wohin sie kamen hatten sie eine hohe häuerliche Kultur ins Land hineingetragen und dadurch einen bedeutenden Einfluß auf die Tätigkeit der russischen Bauern ausgeübt, der von ihnen gelernt hat, mit kluger Voraussicht zu arbeiten.

Ihre Mitarbeit an der Entwicklung des religiösen Bewußtseins in der dunklen abergläubischen Masse des Bauernstandes wie an dem Erwachen des bürgerlichen Selbstbewußtseins war nicht gering. Alle nationalitätlichen Selbst im Süden Rußlands und an der unteren Wolga verdanken den deutschen Kolonisten ihre Entstehung. In diesen Selten ist neben dem vom wilden Aberglauben befreiten religiösen Gedanken deutlich ein Funken politischer Bewußtseins erkennbar.

Die Verdienste der deutschen Kolonisten sind gewichtig und unbekannt, jetzt gehen sie zugrunde.

Ich wiederhole, daß ich wohl sehe, wie schwer die Tage sind, die Deutschland jetzt überleben muß, aber jene Verhungerten sind Ihre Menschen und sind Deutsche. Kein Wort sage ich Ihnen.

St. Wlaffen, Januar 1922. Maxim Gorki.

Christliche „Friedensliebe“.

Die in Hamburg erscheinende Zeitschrift „Junge Menschen“ bringt folgende Feststellungen:

1. Dem Pfarrer Bleier (bekannter Führer der deutschen Pazifisten, Red.) wurde der Urlaub zum 10. deutschen Passifantenkongress verweigert. — 2. Dem Pfarrer Bleier wurde weiter ein zehntägiger Urlaub versagt, während dessen er für die Vorkonferenz in Nachen, Alth, Eisen usw. Vorträge halten wollte. — 3. Dem Pfarrer Bleier wurde eine Reise von vier Tagen, die jeder Pfarrer ohne Urlaub seiner Behörde machen kann, „für diesen Zweck“ (pazifistische Vorträge) durch Gildrieß von der Behörde kategorisch untersagt. — 4. Eine Abordnung, die die kirchliche Behörde auf die Kirchenflucht, als Folge solcher irdischen Beginns, aufmerksam machen wollte, entdeckte im Amtszimmer des Konfistorialpräsidenten ein Kaiserbild, das nach Versicherung dieses Präsidenten „dort auch hängen bleiben wird“. — 5. Der gleiche Präsident billigte ausdrücklich die am Sedantag in einer Kirche für den Deutschnationalen Jugendbund von einem „Pol“prediger veranstaltete Sedantfeier, die stattfand, als derartige Feiern auf freien Plätzen und in öffentlichen Lokalen verboten waren. Also offene Rebellion der Kirche gegen die Republik. — 6. Die Potsdamer Geistlichkeit hat einstimmig beschlossen, von nun an den Kaiser mit in das Kirchengeschehen einzuschließen. In dem Gebet heißt es wörtlich: „Siehe bei unsrem geliebten Kaiser, der in der Ferne ist...“ Auch im

Verhältnis zu der „Friedensliebe“.

Diese Tatsachen bedürfen keines Kommentars. Sie sprechen für sich, in welchem Maße die heutige Kirche die christliche Friedenslehre aufsaßt.

Im Namen des Böbels

Der große Unbekannte als Täter!

Wir lesen im „Vorwärts“: Vor einiger Zeit wiesen wir auf die erkennliche Tatsache hin, daß eine Urteilsausfertigung des Amtsgerichts Westl. Hammes die Ueberschritt trug: „Im Namen des Böbels“. Im amtlichen Preussischen Preßedienst nimmt jetzt das Justizministerium zu der Sache Stellung. Wenn es zunächst scheint, daß die gegen den amtierenden Richter erhobenen Vorwürfe gegenstandslos seien, weil die von dem Richter selber unterzeichnete Urteilschrift die richtige Ueberschritt „Im Namen des Volkes“ trage, so haben wir ausdrücklich hervor, daß wir bezügliche Vorwürfe nicht erhoben haben. Aus unserer Notiz ging ganz klar und deutlich hervor, daß es sich um eine Ausfertigung handelte, und wir haben die Ausfertigungsklausel wirklich mit dem Namen des verantwortlichen Kanzleibeamten in unserer Notiz abgedruckt.

Was nun diesen Kanzleibeamten anbetrifft, so redet er sich auf den „großen Unbekannten“ heraus. Er sei — so gibt er an — während der Abschrift auf einige Zeit aus dem Zimmer gegangen und derweil sei ein unbekannter Dritter, um ihm Ungelegenheiten zu bereiten, an seine Schreibmaschine gegangen und habe die falsche Ueberschritt hergestellt. Wir können nicht finden, daß das sehr glaubwürdig klingt. Das Justizministerium scheint aber die Geschichte vom großen Unbekannten zu glauben, denn es bemerkt nur, daß gegen den betreffenden Beamten wegen Fahrlässigkeit, weil er die falsche Ueberschritt nicht bemerkt habe, eingeschritten worden sei. Wir bezweifeln sehr, daß unter dem alten System ein Beamter, der etwa ein Urteil mit der Ueberschritt „Im Namen des Idioten“ hätte herausgegeben lassen, nur wegen Fahrlässigkeit bestraft worden wäre.

Die Lübecker Bürgerschaft gegen die Klassenjustiz.

Wie wir seinerzeit berichteten, wurden Lübecker Arbeiter, die einige schwarz-weiß-rote Fahnen heruntergeholt hatten, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Dieses unglaubliche Urteil ist nun auch noch von der Berufungsinstanz bestätigt worden! In der letzten Lübecker Bürgerschaftssitzung beschäftigte man sich mit dieser Angelegenheit. Nach langer Debatte wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, in dem die Bürgerschaft den Senat ersucht, die wegen der Flaggenfrage verurteilten Personen zu amnestieren. In der gleichen Sitzung gelangte folgender sozialdemokratischer Antrag zur Annahme: 1. Alle in öffentlichen Gebäuden noch vorhandenen Bilder von Angehörigen ehemals regierender Häuser sowie alle sonstigen monarchistischen Bilder, Abzeichen, Flaggen, Inschriften usw. sind bis zum 1. März 1922 zu entfernen. (Insbesondere kommen hier alle staatlichen und vom Staate unterstützten Schulen, auch Gerichtsgebäude usw., in Frage.) 2. Der Senat hat bis spätestens 1. März der Bürgerschaft Vorschläge zu machen für die Einführung von Lehrbüchern, die geeignet sind, die Jugend im republikanischen Geiste zu erziehen. (Für Volks- und höhere Schulen.)

Wie man die Eier verliert und verwendet. In einer Anfrage an die Reichsregierung wird darauf hingewiesen, daß in Norddeutschland wie auch in Bayern Tausende von Eiern (auch waggonweise) aufgekauft werden zur Verteilung von Eierlikör. Ein Händler in Hamburg sucht zu dem Zweck wöchentlich 5000 bis 6000 Stück Eier. Die notwendige Folge dieser umfangreichen Aufkäufe ist ein starkes Herausschrauben der Eierpreise. An die Reichsregierung wird deshalb die Anfrage gerichtet, ob sie Mittel hat, diesen Mißständen abzuhelfen und ob sie gedenkt, auch tatsächlich einzuschreiten.

Verbrechertum und Hypnose.

Die Anwendung der Hypnose zu Verbrechen ist zwar eine von der Wissenschaft stark umstrittene Frage, doch ist in letzter Zeit mehrfach über Fälle berichtet worden, bei denen die Hypnose eine Rolle gespielt haben soll. Ueber einen neuen derartigen Fall berichtet Norbert Jacques im „Vorwärts“ wie folgt:

In dem Voralberger Dorf Lech tauchte vor einem Vierteljahr ein Unbekannter auf. Unvermittelt, wie er gekommen war, blieb er und verrichtete bei einem Bauern Dienste als Helfer. Jedermann sah, daß war von Haus aus seine Arbeit nicht, auch seine Kleider sprachen gegen seine Beschäftigung. In der Tat ging es nicht lange, und als er bei einem anderen Bauern sich um eine Stelle als Knecht bewarb, beachtete sich die Behörde ihn näher. Er konnte keine Papiere vorzeigen, und so brachte ihn der Gendarm nach Bindenz auf die Bezirkshauptmannschaft. Dort konnte er nur angeben, daß er am 24. Juni 1921 den Schnellzug München—Lindau in Jammersdorf verlassen hatte und über Oberstdorf und den Schöffenpass nach Lech gewandert war. Sonst mußte er nichts von seinem Leben. Selbst einen Namen konnte er nicht an sich, und der Bezirkshauptmann glaubte schon an einen zweiten Kaiser Gauner. Man hörte an seiner Sprache, daß er aus dem Deutschen Reich war, und man tat das Raheliegende und schob ihn eines Tages über die deutsche Grenze ab. So kam er nach Lindau.

Die Lindauer Polizei hielt ein ausgiebiges Verhör mit ihm an, und der Beamte, der dieses Verhör vornahm, scheint ein Psychologe gewesen zu sein. Statt ihn nach altem Muster ins Gefängnis zu stecken, übergab er ihn einem Nervenarzt. Der Nervenarzt mußte bald, was die Glocke geschlagen hatte. Er versuchte den Unbekannten in Hypnose. Er entlockte ihm einen Namen und brachte die erste Helligkeit in die dunkle Wirnis seines Schicksals. Der Fremde sagte, er heiße Wilhelm Berner und sei aus Düsseldorf. Er erzählte weiter, in Ferne sei eine Frau zu ihm ins Abteil gekommen, diese habe sich seiner Gebärde und seines Gepäcks bemächtigt und ihm befohlen, nach Jammersdorf zu reisen und über

die Grenze zu verschwinden. Auf diese Aussage telegraphierte die Lindauer Polizei nach Düsseldorf, aber es wurde geantwortet, dort sei ein Wilhelm Berner nicht bekannt.

Man nahm wieder den Arzt zu Hilfe. Dieser versuchte weiter mit Hypnose dem Rätsel zu Leibe zu rücken, und über mehrere Versuche brach, langsam und sah einen alten Widerstand beständig, die Wahrheit über den Unbekannten und sein sonderbares Schicksal hervor. Das Folgende kam nun zutage, gemischt aus magischen Menschenkünsten und einem Verbrechertum, bei dem nur die Geringfügigkeit der Bunte von 2000 Mark von einem Widerspruch zu sein scheint:

Der Mann hatte im Juni des Jahres eine Geschäftsreise im Rheinland unternommen. Er war Reisender einer Metallwarenfabrik. In der Bahn hatte eine Frau mit ihm ein Gespräch angeknüpft. Er erinnerte sich genau, wie sie aussah. 40-jährig mochte sie sein, schwarz, Blgeunertyp, vielleicht eine Italienerin, fremdländisch auf alle Fälle. Sie hatte einen stehenden Blick.

Diesem Blick läste sie gegen ihn aus. Sie versetzte ihn in einen hypnotischen Zustand. Sie befahl ihm sein Gepäck, sein Geld und seine Papiere herzugeben. Dann verfluchte sie in ihm die Erinnerung an seinen Namen, und in verbrecherischer Schamheit gab sie dem Namen, den sie ihm von jetzt ab anbefahl, die Anfangsbuchstaben des ersten. Denn Taschentücher und Wäsche waren gezeichnet. Die Fahrkarte nach Jammersdorf kaufte sie und setzte ihn in den Zug.

„Wie ist denn Ihr wirklicher Name?“ fragte der Arzt.

Aber den mußte er auch jetzt noch nicht.

Endlich gelang es dann dem Arzt, nachdem er den Mann durch Hypnose in seine Pindereit zurückversetzt hatte, den Namen und Geburtsort durch Abfragen festzustellen und zwar: Walter Wendland aus Köln-Brunnfeld.

Man drastete nach Köln-Brunnfeld. Es wurde geantwortet: Walter Wendland sei seit dem 22. Juni vermisst. Er sei beheimatet in Köln-Brunnfeld, wo er bei seinen Eltern wohnte. Die weiteren Erkundigungen brachten nun einen zweiten Teil in diese Aiuogeschichte.

Nachdem Walter Wendland verschwunden war, meldete sich ein Privatdetektiv bei seinen Eltern und bat ihnen an, nach dem Vermissten zu suchen. Er bekam eine größere Summe

für seine Bemühungen. Diese Bemühungen schienen Erfolg zu haben, denn er konnte den Eltern nach einiger Zeit mitteilen, daß ihr Sohn Walter an dem und dem Tage in die französische Fremdenlegion eingetreten sei.

Es ist wohl nicht zu bezweifeln, daß zwischen diesem Agenten und der mit außergewöhnlichen hypnotischen Fähigkeiten versehenen Frau zu verbrecherischen Zwecken eine planmäßige Zusammenarbeit verrichtet wurde. Zu der Wahrheit seines wirklichen Daseins zurückermacht, kannte Wendland keinen der Menschen wieder, mit denen er in seinem Schlaf Tag um Tag zusammengearbeitet hatte.

Aber ist es nicht wirklich wahr, daß das Leben dem Kino Konkurrenz zu machen beginnt?

„Echte“ Rembrandts durch Polizeihilfe. Wie die New Yorker Geheimpolizei einer modernen Rembrandt-Kopie durch ihr Eingreifen zur Echtheit verholfen hat, wird im „Sammler“ wie folgt erzählt. Ein New Yorker Kunsthändler begegnete in einer holländischen Privatsammlung einem bisher unbekanntem schönen Bilde Rembrandts, das aber für ihn nicht zu haben war. Dafür erhielt er von dem Besitzer die Erlaubnis, das Bild kopieren zu lassen, und gab dazu den Auftrag an den besten holländischen Kopisten. Auch die Signatur Rembrandts ließ er von ihm kopieren, dann aber mit einer Lage Firnis zudecken. Endlich setzte der Kopist seinen eigenen Namen auf seine Arbeit. Als nun die Kopie dem Besteller nach New York überandt werden sollte, erhielt die New Yorker Polizei die anonyme Mitteilung, ein echter Rembrandt solle als moderne Kopie nach Amerika eingeschmuggelt werden. Denn es geschieht häufig, daß Werke alter Kunst, um den Einfuhrzoll zu sparen, als moderne Kopien verpackt werden: A-herst doch ein echter Rembrandt nach heutigen Sätzen allein etwa 80 000 Dollar Einfuhrzoll. Als der Kunsthändler seine Kopie, die er mit 1000 Dollar beklariert hatte, vom Zollamt holen wollte, wurde er in Strafe genommen und hatte den Satz für ein Original zu zahlen. Natürlich kam die Entdeckung der New Yorker Polizei in die Öffentlichkeit, und so fand sich denn nach kurzen auch ein Käufer, der dem Kunsthändler seinen „Rembrandt“ für 200 000 Dollar abnahm. Die Geschichte ähnelt sehr einer Schwinne, die Eubel in seinen „Fälscherkünsten“ erzählt, kann ja trotzdem aber wahr sein.

Danziger Nachrichten.

Der Fluch der Nebenarbeit.

Die ungeheure Teuerung, mit welcher die Löhne nie Schritt halten, veranlaßt manchen Arbeiter und Angestellten, nach Ableistung seiner achtstündigen Arbeitsleistung noch Neben- oder Nebenarbeit zu übernehmen. Das ist vom Gesichtspunkte des einzelnen nur allzu verständlich. Für die Allgemeinheit ist diese Nebenarbeit — abgesehen von der Schädigung der Arbeitslosen — aber zu einer großen Gefahr geworden, auf welche der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in einer besonderen Arbeit hinweist.

Im Ausland berufen sich nämlich die Unternehmer in ihrem Kampfe gegen den Achtstundentag auf Deutschland, wo er nicht oder doch nur auf dem Papier durchgeführt werde. Um den ausländischen Gewerkschaften entsprechendes Material liefern zu können, hat der Gewerkschaftsbund eine Zusammenstellung über die Arbeitszeit in 22 Berufen und 20 Orten aus den verschiedensten Bezirken Deutschlands gemacht. Dabei hat sich ergeben, daß von 1 889 418 Arbeitern nur 601 504, also nicht einmal die Hälfte, wirklich volle acht Stunden arbeiten. 19 077 arbeiten 4 1/2 Stunden pro Woche, 21 425 arbeiten 47 Stunden, 48 Stunden beschäftigt waren 223 780, 45 1/2 Stunden 21 087, 46 Stunden 44 585, 44 Stunden 2448 und nur 42 Stunden arbeiten 218 854 Bergarbeiter. Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes weist darauf hin, daß der Achtstundentag nicht nur durch eine gesetzliche Verordnung, sondern auch durch jährliche Tarifverträge festgelegt ist. Wegen des Ueberstundenmachens wird mit allen Mitteln vorgegangen. An der tatsächlichen Durchführung des Achtstundentages in Deutschland kann also nicht gezweifelt werden.

Ein Dämmung der Ueberstunden ist — was unschwer jeder Arbeiter einsehen muß — sowohl im Interesse der Allgemeinheit wie der Arbeitslosen dringend geboten, wenn er nicht Gefahr laufen will, daß aus den augenblicklich vorübergehenden und bezahlten Ueberstunden in kurzer Zeit dauernde und unbezahlte werden. Wenn es den Unternehmern im Ausland gelingt, den Achtstundentag zu durchbrechen, dann wird es nicht lange dauern, und die Unternehmer werden wieder überall die Verlängerung der Arbeitszeit durchsetzen.

Gefährlicher noch als die stets auf ihren Umfang kontrollierbare reguläre Nebenarbeit ist die Übernahme von Nebenarbeit. Hier muß die Selbstdisziplin und Selbstkontrolle der Arbeiter helfen. Jeder, der häufig oder gar regelmäßige Nebenarbeit verrichtet, ist ein Schädling der Arbeiterschaft. Er ist aber auch sehr kurz-sichtig, denn er sät den Axt ab, auf dem er sitzt. Mehr als je hängt die Aufrechterhaltung des Achtstundentages heute von dem Verhalten jedes einzelnen Arbeiters ab. Wer die Warnung der Gewerkschaften mißachtet, schädigt nicht nur die deutsche Arbeiterschaft, sondern die der ganzen Welt. Er gefährdet den Achtstundentag, wo um seine Erhaltung gekämpft werden muß, er erschwert den Kampf, wo um den Achtstundentag noch gerungen wird. Auf der Nebenarbeit ruht ein Fluch, sie rächt sich an jedem, der sie leistet und stellt die bedeutendste Errungenschaft der Nachkriegszeit in Frage.

Gemeingefährliche Schwindelereien.

Ein Inspektor Leo Potrzeba aus Oberschlesien hatte sich gestern vor der Strafkammer wegen großer Schwindelereien in Dölna zu verantworten. Er ist eine dunkle Gestalt, die vermutlich schon viel auf dem Kerbholz hat. In Dölna zog er zu einer Witwe und machte ihr den Hof. Er stellte sich

als größerer Grundbesitzer aus Oberschlesien vor, der in Danzig große lohnende Geschäfte in Aussicht habe. Ob Potrzeba sein richtiger Name ist, weiß man nicht sicher. Der Frau gegenüber nannte er den Namen Wilhelm Kobur. In Wirklichkeit ist er auch verheiratet. Der Frau erzählte er, daß er an einem glänzenden Geschäft 10 000 Mark gebrauche, sie könne viel Geld verdienen, wenn sie ihm die Summe leihe. Sie ließ sich überreden und gab das Geld gegen einen Wechsel über 12 500 Mark. Das konnte er großmütig tun, da der Wechsel gefälscht war. Die Frau glaubte, mit einem Zug 2500 Mark verdient zu haben. Bald kam er aber mit einem weiteren Anliegen. Wieder stand ihm ein glänzendes Geschäft in Aussicht und dazu gebrauchte er 5000 Mark. Die Frau kränkelte sich, diese Summe herzugeben, aber er beschwänzte sie derart, daß sie ihm schließlich auch diese Summe noch ließ. Nun erhielt sie einen Gesamtschuldenwechsel über 20 000 Mark. Der Angeklagte war aber großzügig und gab ihr noch einen weiteren Sicherheitswechsel über 35 000 Mk. Einmal wollte er ihr für die 10 000 Mk. 14 000 Mark zurückzahlen, aber er vergaß es dann wieder. Ein Wechsel lautete auf eine Firma in Dirschau, die es aber gar nicht gibt. Ebenso lauteten die übrigen Wechsel auf falsche Namen, trugen falsche Unterschriften und waren auch insofern wertlos, als der große Grundbesitzer zahlungsunfähig war. Er war Gast im Juppoter Spielklub und dort will er sein Geld verloren haben. Er legte die Witwe aber noch in einer anderen Weise rein, wodurch sie sich auch vor Gericht verantworten mußte. Seine Papiere waren derart, daß die Post in Dölna ihm keinen Postausweis gab. Nun hat er die Witwe, ihn auf der Post zu legitimieren und zwar als Potrzeba. Die Frau ging auch mit und auf der Post legte er dann einen Ausweis auf den Namen Schulz vor und ließ sich darauf einen Postausweis geben. Die Witwe war vollständig überrascht und wußte nicht, was sie dazu sagen sollte. Sie stimmte zu, da sie den Mann nicht „blanteren wollte“. Sie machte sich also mitschuldig an einer intellektuellen Urkundenfälschung. Der Angeklagte erzählte, er habe im Selbsthahn gedient und sein dann in der Arbeitgemeinschaft gewesen. Die Polen hätten ihn auf die schwarze Liste gesetzt und deshalb habe er falsche Namen angenommen. Er besaß auch falsche Stempel und verschiedene Photographien, mit und ohne Brille. Das Gericht sah in ihm einen gemeingefährlichen Verbrecher, der vielleicht schon viele Vorstrafen hinter sich hat. Wegen Wechselgefälschung, Betruges und intellektueller Urkundenfälschung wurde er zu 1 Jahr 7 Monaten Zuchthaus erurteilt. Der Witwe wurde ihre Schädigung zugute gehalten und ihre Mitwirkung bei der Erwerbung des falschen Postausweises wurde mit 50 Mk. geführt.

Freie Volksschühne. Nachdem die Frostschäden an der Heizungsanlage der Danziger Festspiele beseitigt sind, kommt der Spielplan nunmehr zur Durchführung. Die für Serie B. festgesetzte Vorstellung findet am Donnerstag, den 9. Febr., die der Serie C. am Freitag, den 17. Febr., statt; letztere für die am 27. Januar ausgefallene Veranstaltung. Die in Serie C. für Januar geschickten Beiträge gelten für diese Vorstellung. Es ist dies die letzte Aufführung des Lustspiels „Die goldene Eva“. In Serie C. können bei sofortiger Anmeldung noch einige Mitglieder aufgenommen werden. Eine weitere Serie dürfte im laufenden Spieljahr nicht mehr zur Aufstellung kommen. Das nächste zur Auf-führung kommende Bühnenwerk, dessen Auswahl in Kürze durch den dramatischen Ausschuss erfolgen wird, wird für Serien A. und C. noch im Februar und für Serie B. Anfang März gespielt. Serie C. hat also infolge der ausgefallenen Januar-Vorstellung in diesem Monat ausnahmsweise zwei Vorstellungen. Die Bekanntgabe der Lage erfolgt durch Plakate in allen Spielstätten und durch Inserat in den Tageszeitungen.

Die Abänderung von Entscheidungen des Mietseinsigungsamtes.

Bis jetzt war fast allgemein die Ansicht verbreitet, die Entscheidungen der Mietseinsigungsämter seien unabänderlich, weil sie laut Gesetz unanfechtbar sind. Dieser Auffassung tritt das Reichsgericht in seinen jüngsten grundlegenden Entscheidungen (2. Dez. 1921) als durchaus irrig entgegen. Allerdings, so führt es aus, gibt es gegen die Entscheidungen des Mietseinsigungsamtes kein Rechtsmittel. Wohl aber kann das Mietseinsigungsamt auf nochmaligen Antrag eines Beteiligten seine Entscheidung selbst abändern oder aufheben. Das Reichsgericht exemplifiziert auf den Fall, daß der Sachverhalt dem Mietseinsigungsamt unvollständig oder unrichtig vorgetragen worden ist, und daß dasselbe bei Kenntnis der wirklichen Sachlage anders entschieden haben würde. Der höchste Gerichtshof sagt in dieser Beziehung: Gerade der Umstand, daß ein Rechtsmittel und eine Klage gegen die Entscheidung des Mietseinsigungsamtes ausgeschlossen ist, muß dahin führen, in solchen Fällen eine Abänderung oder Aufhebung der Entscheidung durch das Mietseinsigungsamt selbst zuzulassen. Mühte es sich falls bei der durch die Entscheidung herbeigeführten Gestaltung des Mietverhältnisses sein Bewenden behaltend, so würde das mit dem Ziele und Zwecke der Mietschutzverordnung eine dem „billigen Ermessen“ entsprechende Regelung des Mietverhältnisses herbeizuführen, im Widerspruch stehen. Ist aber eine Abänderung oder Aufhebung einer Entscheidung des Mietseinsigungsamtes durch dieses an sich zulässig, so unterliegt die Frage, ob im einzelnen Falle davon mit Recht Gebrauch gemacht ist, nicht der Nachprüfung der ordentlichen Gerichte.

Ein breiter Einbruchdiebstahl wurde in den Lagerraum einer hiesigen Molkerei am hellen Tage verübt. Als der Lagerverwalter den Lagerraum nachmittags 4 1/2 Uhr abgeschlossen hatte und fortgegangen war, erschien ein Fuhrwerk vor dem Hause, der Lagerraum wurde erbrochen und 19 Kisten Schmalz, je 50 Pfund, wurden auf den Wagen geladen. Einer Familie im Hause fiel das auf und sie fragte den Fuhrmann, wo die Kisten hingebracht werden sollten. Er antwortete: Nach dem Seegeforderbahnhof. Man benachrichtigte die Polizei, jedoch fuhr der Wagen inzwischen davon. Unterwegs gelang es der Polizei ihn jedoch anzuhalten. Der Dieb war rechtzeitig verschwunden. Der Kutscher stand nun vor der Strafkammer unter der Anklage des Beistandes. Er ist mehrfach vorbestraft. Nach seiner Darstellung wurde er von einem unbekanntem Mann aufgefordert, zu fahren. Unterwegs habe ihm der Mann gesagt, er solle vor ein bestimmtes Haus fahren. Hier wurden die Kisten aufgeladen und er erhielt den Auftrag, nach dem Seegeforderbahnhof zu fahren. Er will keine Ahnung davon gehabt haben, daß es sich um einen Diebstahl handle. Er kann weder schreiben noch lesen. Das Gericht hielt ihn zwar für sehr verdächtig, doch zur Bestrafung reichte der Verdacht nicht aus. Deshalb erfolgte Freisprechung.

Ich bin das Schwert!

Roman von Annemarie von Nathusius.

(32.) (Fortsetzung.)

Nichts auf der Welt erschien mir so kostbar, als meine Freiheit und Selbstständigkeit. Nicht mehr zittern müssen vor Bräutlingen oder Zärtlichkeiten eines ungeliebten Mannes, nicht mehr Herrin sein müssen eines großen Besitzes, auf dem man doch nichts zu bestimmen hatte, nicht gezählt wurde, auf dem man eine Repräsentantin ohne Rechte war. Welche Wohlthat, keinen Kleinkrieg mehr mit Gräfin Palzow führen zu müssen, in dem ich stets so wenig Talent bewiesen hatte. Welche Befreiung, nicht mehr armen Tagelöhnern die eifrigsten Bitten abschlagen zu müssen, weil man nicht in der Lage war, sie zu erfüllen. Hatte ich mich doch nie solidarisch gefühlt mit den Sklavenhauern dieser heimtölichen Arbeits-tiere, die für besonders guten Willen ein Glas Brantwein erhielten, um in einigen Stunden der Trunkenheit ihr Elend zu vergessen, während der Herr Kapapunen aß und Pommern trank.

Wie oft hatte ich sie mit innerem Erörten von meiner Kür gewiesen, während nebenan mein Herr und Gebieter seiner lächerlichen Empörung Luft machte:

„Was, du willst diesem immer unzufriedenen Gefindel noch das Wort reden? Demen werde ich den Sozialismus mit der Peitsche und dem Hungerpfropfen austreiben. Kanakken verflucht!“ An so viel Härte war mein bisheriger guter Wille nur allzu rasch geschmolzen und nie — das wußte ich — konnte es besser mit uns werden, immer nur schlimmer. Würdeloser und verächtlicher von Tag zu Tag mußte sich mein Dasein gestalten unter der Krone dieses Mannes.

Am Nachmittag kam Türmer, der einzige, dem ich meinen Entschluß bereits mitgeteilt hatte.

Als er bei mir eintrat, vermochte keines von uns beiden zu reden. Wir waren ganz überwältigt von dem einen großen Gedanken, daß ich vor einem neuen, sehr neuen und fremden Abschnitt meines Lebens stand. Ergriffen beugte

er sich über meine Hand. Als er aufschah, war ein merkwürdiges Leuchten in seinem Blick.

„Wie schön“, sagte er mir, „daß Sie es so heimlich haben. Es ist fast wie am Kupfergraben.“

Erst nachdem er sich ein wenig umgesehen hatte und wir dann am runden Birnbaumtisch saßen vor Lante Klalldes schönen dachbühnigen Amentassen, gingen wir an von dem zu sprechen, was uns in der Seele brannte.

„Ich nehme an, Sie wissen, was Sie tun“, begann Türmer besonnen. Er mied meinen Blick. „Vielleicht wollten Sie frei werden, um einem anderen zu gehören — dann wird dieser andere den Kampf mit Ihnen führen müssen.“ Er stockte.

„Es ist nicht ganz so, wie Sie denken“, sagte ich lebhaft. Sangerheims Bild stand vor meinem inneren Auge. „Sie ahnten ja schon lange, in welchen unwürdigen Fesseln ich schmachtete und wie ich mich aus meinem Gefängnis hinaussehnte. Daß ein anderer heute mein Herz erfüllt, das, — ja, das gab eigentlich nur den äußeren Anstoß, einen Bruch, der solange im Innern da war, auch in die Tat umzusetzen.“

Türmer nickte.

„Die Ehe ist mir etwas so Fragwürdiges geworden, daß ich sie als Form eines neuen Zusammenlebens am liebsten aufschlingeln möchte.“

Es ging wie ein Ruch durch seine ganze Gestalt: „Ach“, sagte er, rasch nach meiner Hand greifend, als müßte er mich vor etwas Entsetzlichem bewahren, „das dürfen Sie nicht sagen, das ist ja Anarchismus. Das wäre der Gesellschaft und ihrer Ordnung ein solcher Faustschlag ins Gesicht, daß sie sich mit der bittersten Anfeindung und Follerung rächen würde. Sie ahnen nicht, was es heißt, geachtet sein von denen, die bisher den Hut nicht tief genug vor Ihnen zöhen konnten.“

„Aber ich will nichts anderes, als die Gesehe dieser Gesellschaft mit Füßen treten. Ich will nichts anderes, als Befreien: ich gehöre nicht zu euch, ich verachte euch; nur einen Fußtritt seid ihr mir wert. Da seht wie ich eure Heilig-tümer behandle. Es ist nicht nur Hans Wandlich, den ich verachte! Es ist der ganze Ring, in dem ich bis heute lebte. Was habe ich zum Beispiel meinem Vater zu verdanken? Das Leben — gut — was noch?“

Türmer hielt meine zuckende Hand wie in einem Schraubstock fest: „Sie sind eine verbitterte, aus den Fugen geratene Seele. Wir wollen später über das sprechen, wie Sie leben wollen. Wenn Sie in der Ruhe hier gefunden sind. Die wenigsten Menschen sind zur Freiheit berufen, glauben Sie mir. Kennen Sie das Wort aus Ihrem Zarathustra: „Bist du ein solcher, der seinem Joch entrienen durfte? Es gibt manchen, der seinen letzten Wert wegwarf, als er seine Dienstbarkeit wegwarf.““

„Ja“, sagte ich und sprang auf, mein ganzes Wesen war eine Glut, „aber ich kenne auch das Wort: Verbrennen mußst du dich wollen in deiner eigenen Flamme! Wie wollest du neu werden, wenn du nicht erst Asche geworden bist?“

Er lächelte mir zu. Es war ein trübes Lächeln. Lieber Freund, du Freund meiner Leiden, meiner Kämpfe, ich reiße dir die Hand. Du warst ein grüner Garten an meiner staubigen Straße, wo Wochen und Monate keine Erquickung winkte und Trostlosigkeit die Wellensteine setzte. Dein trübes Lächeln war das Wissen meiner kommenden Schmerzen. Auf dich paßt das Wort von der alles verzeihenden, weil alles verstehenden Liebe.

Türmer riet mir, sofort einen Rechtsanwalt zu nehmen. Er machte mich darauf aufmerksam, daß, wenn Hans Wandlich keine Rückkehr nach Demin erzwingen könne, er auf böswillige Verlassung klagen und die Ehe durch meine Schuld allein geschieden werden würde. „Und dann hat der Demtner das Recht, Ihnen jede Unterstützung zu verweigern. Sie sind auf eine neue Ehe angewiesen, oder auf die Unterstützung der Familie Falkenhain, die Ihnen versagt werden kann.“

„Ich werde mir mein Brot selbst verdienen“, antwortete ich ihm rasch. „In neu. Abhängigkeit gerate ich nicht. Von heute an habe ich keinen Preis mehr.“ Ich hielt ihm die Blätter meiner Arbeit entgegen.

„Täuschen Sie sich nicht über die Schwierigkeiten, dieses P. rufes. Sie sind Legion. Ein überlauteres Feld, auf dem nur die Allerstärksten ernten neben ein paar Glückbrütern, die es verstehen, der großen Masse Honig um das Maul zu schmieren mit alten abgenützten Idealen, denen sie geschickt einen neuen Lumpen umhängen. Also ein ziemlich übles Gemerbe, zu dem ein ehrlicher, reinlicher Mensch von vornherein unbrauchbar ist, eben weil er keinen Preis hat, wie Sie sagen.“ (Fortsetzung folgt.)

Dasige Nachrichten. In Potsdam schlug der Reichstag... Das Budergericht in Baden verurteilte...

Katastrophale Preissteigerungen in Wien. Die Preise in Wien entwickelten sich sprunghaft von Tag zu Tag...

Verurteilung eines Stadtverordneten. Die Staatsanwaltschaft in Danau hatte im Auftrage des Landrates Dr. Voigt...

Eine ungläubliche Dreistigkeit entwickelten drei Einbrecher, die in voller Öffentlichkeit morgens gegen 6 Uhr, als die Straße von Leuten...

Auf brennendem Schiff. Ueber die Katastrophe des deutschen Dampfers „Vesta“, der, wie bereits gemeldet, infolge der Explosion der aus Naphtha und Spiritus bestehenden Ladung...

Papst und Film. Es dürfte nicht allgemein bekannt sein, daß der eben verstorbene Papst Benedikt XV. in seiner Weise ein aufrichtiger Freund der Kinoindustrie war.

Abbeds unterirdischer Fluß. Bohrungen im Abbeder Gebiet haben neuerdings ergeben, daß tief unter der Trave ein Fluß mit zahlreichen Nebenflüssen mit dem Meere in Verbindung steht.

Die Regel in großen Mengen gefunden und von den... Die Hamburger Gesellschaft stand im Jahre 1921 im Zeichen des Aufstiegs...

Volkswirtschaftliches.

Ein Kanal zwischen Hamburg und Bremen. Die Sachverständigen der Städte Hamburg, Bremen, Oldenburg, Hannover und des ehemals wehrfähigen Industriegebietes haben sich über den Bau einer neuen Wasserstraße...

Der Hamburger Schiffverkehr stand im Jahre 1921 im Zeichen des Aufstiegs. Der Verkehr im Hamburger Hafen hat denjenigen seiner zwei Rivalen an der Nordsee...

Der Reallohn des norwegischen Arbeiters. Das norwegische Arbeitsministerium veröffentlichte einen Bericht über den Reallohn des norwegischen Arbeiters, der die Lohnerhöhung und Leuerung zueinander in Beziehung setzt.

Schutz der Arbeiterinteressen bei Einführung neuer Maschinen. In der gut organisierten amerikanischen Bekleidungsindustrie hat der durch die Gewerkschaften und Arbeitgeber gemeinsam aufgestellte Schlichtungsausschuß einen Beschluß gefaßt...

Finnland und das Washingtoner Abkommen. Finnland verweigert die Annahme der Washingtoner Beschlüsse des Internationalen Arbeitsamtes. Kein Wunder; warum soll es ratifizieren? Die übrigen Staaten, in erster Linie die Industrieländer...

Die Arbeiter in den großen Fabriken von Steinfurt und Union, sämtlichen kleinen Betrieben sind geschlossen in den Streik getreten. Es handelt sich in erster Linie um Auswanderer...

Die Arbeiter in den großen Fabriken von Steinfurt und Union, sämtlichen kleinen Betrieben sind geschlossen in den Streik getreten. Es handelt sich in erster Linie um Auswanderer...

Aus dem Osten.

Die Schiffe im Eis. Kreuzer „Medusa“, der von der Ostsee in Richtung der im Barents Meerbusen eingeschleppten deutschen Dampfer erbeten worden war...

Der Starost hat den Pflauer Fischern schweren Schaden zugefügt. Die in See ausziehenden Fangschiffe sind verloren. Der wasserfeste Kasten des Pflauer Fischers einen Dampfer zur Verfügung zu stellen...

Die Arbeiter in den großen Fabriken von Steinfurt und Union, sämtlichen kleinen Betrieben sind geschlossen in den Streik getreten. Es handelt sich in erster Linie um Auswanderer...

Die Arbeiter in den großen Fabriken von Steinfurt und Union, sämtlichen kleinen Betrieben sind geschlossen in den Streik getreten. Es handelt sich in erster Linie um Auswanderer...

Danziger Nachrichten.

Solidaritätsaufruf für die Arbeitslosen.

Der Allgemeine Gewerkschaftsbund der Freien Stadt Danzig wendet sich mit folgendem Aufruf an die Gewerkschaftsmittglieder:

Kollegen und Kolleginnen!

Die wirtschaftlichen Verhältnisse lasten schwer auf der Danziger Arbeiterschaft. Im Verhältnis zu Deutschland haben wir die größte Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Ein Ausblick auf Besserung dieses Zustandes ist vor der Hand nicht zu erwarten. Daher ist das Los unserer arbeitslosen Volksgenossen in Danzig um so drückender und trauriger.

Die Arbeitslosen wollen arbeiten und nicht zur Unzeitigkeit verdämmt sein.

In der Arbeitsbeschaffung verlassen die Behörden auf der ganzen Linie, und ihre soziale Fürsorge für die Arbeitslosen ist minimal.

Hier muß die tatkräftige Hilfe der Danziger Arbeiterschaft auf der ganzen Linie einleiten.

Wie kann das geschehen?

Es kann geschehen, indem die Danziger Arbeiterschaft jenen Bestrebungen ein wachsameres Auge leiht, die auf die Befreiung der durch die Revolution errungenen achtstündigen Arbeitszeit hinarbeiten. Jeder Lohn- oder Gehaltsempfänger, der diese Bestrebungen der Arbeitgeber unterstützt, ist ein Verräter an der Arbeiterklasse.

Und werden diese Bestrebungen nicht von sehr vielen Arbeitern und Angestellten durch gedankenlose Ueberstundenarbeit auf der ganzen Linie unterstützt? Nehmen diese Volksgenossen durch ein solches Tun nicht Hunderten von arbeitslosen Männern und Frauen das lange Stilleben Brot vom Munde fort, und entziehen sie nicht darüber hinaus auch deren Kindern die Lebensmöglichkeit?

Kollegen und Kolleginnen! Denkt nach über euer Tun und dessen Folgen! Denn 8 Ueberstunden bedeuten einen Tag Arbeit und 800 solcher 100 Arbeits- und Verdienstage für eure arbeitslosen Volksgenossen.

Verseht euch in die verwerfliche Stimmung dieser Menschen und führt ihren Jammer. Alle Schuld rächt sich auf Erden! Lehten Endes seid auch ihr durch eure eigene Schuld die Verworfenen.

Deshalb ist Solidarität! Weibet alle Ueberstunden wie die Pest! Denn sie drücken euren eigenen Stundenlohn auf die tiefste Stufe und vermehren den Profit der Ausbeuter ins Ungemeine, zum Teil dadurch, indem sie die Beiträge zur sozialen Versicherung sparen, die sie bei Beschäftigung einer größeren Anzahl Arbeiter leisten müßten.

Wir wenden uns an die Verantwortlichen der Betriebe und Gewerkschaften. Tretet allen Bestrebungen der Arbeitgeber, die auf die Eindämmung der Ueberstunden hinarbeiten, scharf und bestimmt entgegen.

Habt ein wachsameres Auge auf die Arbeiter, die sich evtl. noch selbst zur Ueberstundenarbeit an die Vorgesetzten heranzwingen, und stellt sie an den Pranger, auf daß kein ausländischer Arbeiter mit ihnen irgendetwas weiter Gemeinschaft pflegt. Denn diese Elemente sind die Totengräber der Arbeiterbewegung und der Freiheit der Arbeiterschaft! Noch ist es Zeit! Haltet Einkehr, ehe es zu spät ist! Denn alle eure Errungenschaften sind bereits in größter Gefahr! Ihr habt vor der Geschichte eine große Verantwortung zu tragen. Wenn euch eure Kinder nicht berufen stützen sollen, dann begreift den Ernst der Situation!

Fort mit den Ueberstunden! Arbeit und Brot für die Arbeitslosen!

Hoch die Solidarität!!!

Der Bundesvorstand.

J. A.: P. A. I. S. o. w. s. k. i.

Die Arbeitslosen gegen das Ueberstundenunwesen.

Erwerbslosenunterstützung und Bauarbeiter.

Gestern mittag tagte im Schmidtschen Lokale eine Versammlung der Erwerbslosen, in der der Arbeitslosenrat Serophil Bericht erstattete über die Verhandlungen zwischen dem Vorstand des Allgem. Gewerkschaftsbundes und dem Arbeitslosenrat über die Befreiung der Ueberstundenarbeit. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß die Erwerbslosen feststellen, wo und wieviel Ueberstunden geleistet werden. Durch Unterbindung der Ueberstunden hofft man einer Anzahl Erwerbsloser Beschäftigung zu geben. Nach einem kurzen Bericht folgte eine lange Aussprache, in der zum Ausdruck gebracht wurde, daß die niedrigen Löhne, insbesondere bei Schichtarbeit, zur Ueberarbeit verlocken. Große Entrüstung erregte die Mitteilung, daß auf der Reichswerke einzelne Arbeiter bis zu 56 Ueberstunden geleistet hätten. Es wurde eine Resolution vorgelegt, in der von Ueberstundenarbeit zwar nicht die Rede war, um so mehr aber von der Einheitsfront, die sich vom Allgem. Gewerkschaftsbund und den soz. Parteien bis zu den Syndikalistern erstrecken soll.

Die Zahlung der Erwerbslosenunterstützung an Bauarbeiter war Gegenstand der weiteren Verhandlungen. Der Arbeitslosenrat Weber teilte mit, daß Regierungsrat Hemmen auf eine Anfrage erklärt habe, daß die Unterstützung für die erwerbslosen Bauarbeiter von dieser Woche an gezahlt werde. Assessor Friedrich verlangte, daß jeder Saisonarbeiter seinen Antrag auf Unterstützung erneuert stelle. Mit dieser Regelung war die Versammlung nicht einverstanden. Die Bauarbeiter verlangen die Unterstützung vom Tage der Erwerbslosigkeit an. Ein Vertreter der Oltwaer Arbeitslosen berichtete, daß in Oltwa eine Einigung erzielt worden ist. dahingehend, daß die Unterstützung von dem Tage an (27. Januar) gezahlt wird, an dem der Volkstag den Saisonarbeitern die Unterstützung ausbezahlt hat. Es wurde ein Antrag angenommen, der verlangt, daß der Senat den Beschluß des Volkstages nicht sabotiert, und ferner die Auszahlung der Unterstützung vom Tage der Erwerbslosigkeit. Die Versammlung wählte eine Kommission von 5 Bauarbeitern, die diese Forderung auf dem Arbeitsamt vertreten soll.

Weitere von der Versammlung angenommene Anträge verlangten: Errichtung einer Stempelstelle in St. Albrecht, Erhöhung der Vorkauflage auf je 3 Mark für Mann und Frau, und auf 1,50 Mark für jedes Kind; Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 150 Prozent, Milchlieferung an

die Arbeiter der Gewerkschaften bis zum 1. September, ferner Befreiung von verdächtigem Guter, gleiche Unterstützung für Männer und Frauen.

Die Versammlung gab ein Bild von der Schitterung, die in den Reihen der Arbeitslosen herrscht. Ausschreie aus tiefer Not machten, endlich das Elend dieser Notleidenden zu lindern. Der Ruf „Arbeit statt Unterdrückung!“ wurde wiederholt laut. Deshalb ist der Kampf gegen das Ueberstundenunwesen berechtigt und findet unsere volle Unterstützung. Aber wir wollen auch nicht verfehlen, dem Arbeitslosenrat die Gründe für den von ihm befolgten schwachen Versuch der Versammlungen zu zeigen. Solange die Versammlungen der Erwerbslosen einseitiger parteipolitisch propagandistisch sind, wird stets ein großer Teil der Arbeitslosen den Versammlungen fernbleiben. Mit dem wägen Gesichte auf die Gewerkschaftsbünde ist keinem Arbeitslosen geblieben, wobei zu bemerken ist, daß der 2. Vorsitzende des Allgem. Gewerkschaftsbundes der Kommunisten Klinger ist. Bei Vertretung von Forderungen der Arbeitslosen bildet die gesamte Linke sowohl im Volkstag als auch in der Stadtverordnetenversammlung stets eine Einheitsfront. Es ist auch nicht ganz klar, welche Beziehungen zwischen dem Eisenbahnerkreis in Danzig bestehen. Der Arbeitslosenrat ist gewählt worden, um die Interessen aller Erwerbslosen wahrzunehmen; er hat daher alles zu vermeiden, was Uneinigkeit in die Reihen der Arbeitslosen bringt, denn Uneinigkeit der Arbeitslosen ist zum Vorteil des Kapitals.

Erhöhung der Leistungen für Wochenhilfe und Wochenfürsorge.

Der Senat legt dem Volkstag einen Gesetzentwurf vor, nach dem die Leistungen der Wochenhilfe, Familienhilfe und Wochenfürsorge erhöht werden. Im Anschluß an die deutsche Gesetzgebung hat § 105 a der Reichsversicherungsordnung folgende Fassung erhalten:

„Weibliche Verstärkte, die im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens 6 Monate hindurch auf Grund der Reichsversicherung oder bei einer knappschaftlichen Krankenkasse gegen Krankheit versichert gewesen sind, erhalten als Wochenhilfe

1. ärztliche Behandlung, falls solche bei der Entbindung oder bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich wird;
2. einen einmaligen Beitrag zu den Kosten der Entbindung in Höhe von 100 Mk. (bisher 50 Mk.);
3. ein Wochenlohn in Höhe des Krankengeldes, jedoch mindestens 4 1/2 Mk. (bisher 1 1/2 Mk.) täglich, für 10 Wochen, von denen mindestens 6 in die Zeit nach der Niederkunft fallen müssen. Das Wochenlohn für die ersten 4 Wochen ist spätestens mit dem Tage der Entbindung fällig;
4. solange sie ihre Neugeborenen stillen, ein Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes, jedoch mindestens 4 1/2 Mark (bisher 75 Pfg.) täglich, bis zum Ablauf des zwölften Woche nach der Niederkunft. Neben dem Wochenlohn für die Zeit nach der Entbindung wird Krankengeld nicht gewährt; die Wochen nach der Niederkunft müssen zusammenhängen.“

Die gleichen Sätze werden als Wochenhilfe den Angehörigen von Versicherten gewährt.

„Die Familienwochenhilfe ist auch zu gewähren, wenn die Niederkunft innerhalb 9 Monaten nach dem Tode des Versicherten erfolgt.“

„Eine minderbemittelte Danziger Staatsangehörige, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat und für die nach den vorstehenden Vorschriften kein Anspruch auf Wochenhilfe besteht, erhält aus Mitteln der Freien Stadt Danzig eine Wochenfürsorge.

Sobald nicht Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß eine Weibliche nicht benötigt wird, gilt eine Wöchnerin als minderbemittelt, wenn ihr und ihres Ehemanns Gesamteinkommen oder, sofern sie allein steht, ihr eigenes Einkommen in dem Jahre oder Steuerjahre vor der Entbindung den Betrag von 15 000 Mk. nicht übersteigen hat.“

„Der Antrag auf Wochenfürsorge ist bei dem Versicherungsamte zu stellen.“

Neu ist die Bestimmung, daß für die Gewährung der ärztlichen Behandlung nicht nur ein Beitrag gezahlt wird, sondern die Wöchnerinnen, bei denen ärztliche Behandlung erforderlich wird, sollen diese durch die Krankenkassen kostenlos erhalten.

In Abänderung der bisherigen Gesetzgebung soll der Antrag auf Wochenfürsorge nicht mehr bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse gestellt werden, sondern bei dem zuständigen Versicherungsamt, da die Kosten der Wochenfürsorge ausschließlich zu Lasten des Staates gehen.

Die Kosten der Wochenhilfe werden ausschließlich von den Krankenkassen getragen. Die Kosten der Familienhilfe fallen zur Hälfte und die der Wochenfürsorge in vollem Umfang der Staatskasse zur Last. Unter Zugrundelegung der bisherigen Leistungen betrug der Jahreszuschuß des Staates rund 1 100 000 Mk. Diese Mehrkosten lassen sich im voraus auch nicht annähernd genau bestimmen. Sie werden jährlich auf rund 3 000 000 Mk. geschätzt. Die Gesamtleistung des Staates wird sich deshalb unter Zugrundelegung der in dem anliegenden Gesetzentwurf vorgesehenen Leistungen jährlich auf über 4 000 000 Mk. stellen. Die erforderlichen Mittel werden aus der Neuregelung der Branntweinbesteuerung entnommen werden.

Ob die Krankenkassen in der Lage sein werden, die ihnen nach dem Gesetzentwurf obliegenden Leistungen ohne Erhöhung der Beiträge durchzuführen, ist mit Gewißheit nicht zu sagen.

Ein Handelsabkommen ist zwischen Frankreich und Polen unterzeichnet. Das Abkommen enthält drei Teile, erstens den eigentlichen Handelsvertrag, zweitens Bestimmungen über die Ausbeutung der Petroleum-Vorkommen und drittens allgemeine Bestimmungen über den gegenseitigen Besitz. Für Danzig hat das Abkommen insofern Bedeutung, als die darin gewährte gegenseitige Begünstigung in der Berechnung ermäßigter Zölle auch für Danzig wirksam wird.

Erhöhung der Eingebühren. Die Gebührensätze der Eingebührenordnung vom 30. Dezember 1921 werden mit Wirkung vom 1. Februar 1922 ab um 100 Prozent erhöht.

Ueberstunden zwangselig

„Meint der „Arbeiterzeitung“ unsere Entgegnung auf Ihren Volksbühnenartikel zu sein. Sie weiß auf unsere wenigen Feststellungen nur mit einer schlecht gelassenen Entrüstungskomodie zu antworten, und zwar sollen wir, indem wir den Namen Löffler in dem Artikel erwähnten, eine „Denunziation“ begangen haben. Weiber verrät die „Arbeiterzeitung“ nicht, wie sie diese Namensänderung eine Denunziation darstellt. Bisher war es in der übrigen Arbeiterbewegung üblich, daß man seine Ansichten auch getrost mit seinem Namen deckte. Oder kann man sogar schon den „Mut“ zu diesen Selbstverständlichkeiten nicht mehr von den führenden Kommunisten erwarten? Im übrigen bestreitet die Arbeiter-Ztg. daß Löffler der Verfasser des Artikels ist. Und interessiert wenig, wer dort das ungeratene Zeug über die Volksbühne zusammengeschrieben hat. Aber indem man angibt, daß Löffler gar nicht der Verfasser ist, wird diese eigenartige „Denunziation“ ja selbst als Heuchelei entlarvt. Auch in Ihren Verdächtigungen gegenüber dem Genossen Früngele versucht die „Arbeiter-Ztg.“ nur einen Rückzug und behauptet selbst, daß ihre ersten Behauptungen nicht zu treffen. Sie gibt nun selbst zu, daß ihre ersten Verdächtigungen unwahr sind, und daß Gen. Früngele uneigennützig für die Volksbühne arbeitet. Dieses schamhafte, allerdings in einer neuen mutigen Verdächtigung über die weit übertriebene Höhe der Parteigeldbezüge verbundene Eingeständnis genügt uns, da es die kommunistische Verleumdungsmethode am treffendsten kennzeichnet.“

Für die Abgeordneten in Schlicht gingen noch weiter bei uns ein: Sammlung auf dem Vergnügen der Klemper 200 Mark, von den Heizungsmonteurern 45 Mark. Wir quittieren dankend auch diese Spenden.

Der Seeverkehr nach Swinemünde ist infolge Verletzung der Risse bei Swinemünde stark behindert. Der Dampfer „Wubenden“, der im Seebienst Ostpreußens zwischen Swinemünde und Pillau verkehrt, ist am Sonntag bei Döbenow im Eise festgekommen. Eisbrecher sind abgegangen, um den Dampfer, der 40 Fahrgäste an Bord hat, zu befreien. Der Dampfer „Griehgott“ ist Eises halber in Swinemünde zurückgeblieben und rückt vorerst nicht in Danzig ein. Es ist nur gut, daß inzwischen der Eisenbahnverkehr wieder aufgenommen wird. Sonst wäre eine Personenbeförderung nach dem Meise, nachdem nun auch der Wasserweg nicht mehr zur Verfügung steht, vollkommen zur Unmöglichkeit geworden.

Der Sozialismus in der Karikatur und die Karikatur im Dienste des Sozialismus bezieht sich eine Bilderserie, die vom Zentral-Arbeitsausschuß Deutschlands zusammengestellt worden ist. Der Arbeiter-Bildungsausschuß Danzig hat diese Serie, die interessante Einblicke in den Kampf gegen die sozialistischen Ideen bringt, gewonnen. Die Serie gelangt am Dienstag, den 14. Februar, abends 8 Uhr, im Vortragssaal der Gewerkschaften, Gesellschaftsraum 1-2, 2 Tr., zur Vorführung. Vortragender ist Gen. Dr. Bing. Der Eintrittspreis ist wie bisher auf 1 Mark festgesetzt. Vorverkauf erfolgt nicht! Die Abendkasse ist von 7 Uhr an geöffnet.

Krieg und Kultur bezieht sich der am Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, im Vortragssaal der Gewerkschaften, Gesellschaftsraum 1/2, 2 Treppen, stattfindende Vortrag des Genossen Dr. Zint. Karten zu dem Vortragstermin sind zum Preise von 5 Mk. in den bekannten Verkaufsstellen zu haben. An der Abendkasse sind auch Karten für den Einzelvortrag für 1 Mk. erhältlich.

Gefakte Markthallendiebe. Am 4. 2. gefangen es der Schutzpolizei, den Arbeiter J. Fr. zu ergreifen, als er aus der Markthalle herausgelaufen kam. Er hatte einer Dame eine Brieftasche mit 150 000 Mark gestohlen, sie aber beim Laufen fortgeworfen. — Der Maschinenkloster P. P. wurde ebenfalls an der Markthalle festgenommen, weil er angeblich einem Fräulein aus der Handtasche 500 Mark polnisches Geld entwendet hatte.

Der leckgewordene Dampfer „Hammonia“ entläßt jetzt einen Teil seiner Ladung in Leichter. Taucher sind noch weiter am Bod beschäftigt. Der Dampfer war mit einer Ladung Roggen von Königsberg nach Hamburg unterwegs. Es wird vermutet, daß das Schiff durch den schweren Seesturm led geworden ist. Ungefähr 10 Welten westlich Nixhöft bemerkte der Kapitän, daß das Schiff die Reise nicht fortsetzen konnte. Er fuhr deshalb Danzig als Nothafen an. Kurz nach 3 Uhr traf das Schiff im Danziger Hafen ein. Der Zustand des Dampfers war bedenklich, deshalb hätte die für die Allgemeinheit so wichtige Ladung sofort gerettet werden müssen. Der Kapitän ging 6 Uhr morgens an Land, um eine Kommission zu holen, die über die Lösung des Schiffes entscheiden sollte. Diese Kommission traf erst um 9 Uhr nachmittags ein. Inzwischen war das Schiff weiter gefackelt und der größte Teil des Getreides feinst geworden, und somit als Nahrungsmittel verloren.

Polizeibericht vom 8. Februar 1922. Festgenommen: 18 Personen, darunter 8 wegen Betruges, 3 wegen Schmutzgelts, 1 zur Festnahme ausgegeben, 6 in Polizeihaft; obdachlos 5 Personen. — Gefunden: 1 Reichsbanknote, 1 Schere, abzuholen aus dem Fundbüro des Polizeipräsidenten; 1 Herrensummfuß, abzuholen von Herrn Oberpostsekretär Braun, Bergstraße 1 c; 1 Gummifuß, abzuholen von Herrn Gerhard Brückmann, Mischauerweg 46; 1 Braungefleckter Hund, abzuholen von Herrn Norbert Zakschewski, Renzfahrwasser, Stichenstraße 6.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark:	6 05	am Vortage 6,07
Amer. Dollar :	198	" " 201
Englisches Pfund:	860	" " 870



FÜR QUALITÄT RAUCHER

Feuerwehr und Wasserläden.

Bei dem langandauernden starken Frost treten in letzter Zeit infolge Einströmens der Wasserleitung vielfach Rohrbrüche auf, wodurch Kellerkellern unter Wasser gesetzt werden. Es ist vorzuziehen, daß die Betroffenen die Feuerwehr durch Mitteilung eines öffentlichen Feuermelders zur Hilfeleistung herbeigerufen haben. Die Benutzung eines Feuermelders zu dem Zweck, die Feuerwehr zu beschwören, ist unzulässig. Wie schon der Name Feuer-Melder besagt, darf ein derartiger Melder nur bei Feuergefahr oder höchstens dann benutzt werden, wenn die Hilfe der Feuerwehr zur Rettung von Menschenleben aus Lebensgefahr herbeigerufen werden soll. Wer den Melder zu anderen Zwecken benützt, macht sich wegen mißbräuchlicher Benutzung einer öffentlichen Einrichtung strafbar und hat außerdem die Kosten für das unnötige Ausrücken der Feuerwehr gemäß Tarif zu tragen.

Wird die Feuerwehr durch einen Feuermelder herbeigerufen, so rückt sie mit den zum Feuerlöschdienst ausgehenden Fahrzeugen aus. Sie ist also gar nicht in der Lage, andere Hilfe, wie z. B. Befreiung von Wasserläden, zu bringen, da ihr die erforderlichen Geräte hierzu fehlen. Wird daher die Hilfe der Feuerwehr zu einer besonderen Leistung, z. B. Keller-auspumpen erbeten, so muß die Benachrichtigung entweder telefonisch oder mündlich auf einer Feuerwache erfolgen. Hierbei ist genau anzugeben, welche Hilfeleistung verlangt wird. Die Hilfeleistung der Feuerwehr bei Feuergefahr und bei Rettung gefährdeter Menschenleben erfolgt kostenlos. Alle anderen Hilfeleistungen müssen nach dem von der Behörde genehmigten und veröffentlichten Tarif bezahlt werden, wenn nicht besondere Gründe vorliegen, die eine unentgeltliche Hilfeleistung rechtfertigen. Wird eine besondere Hilfeleistung von der Feuerwehr verlangt, so ist unbedingt der zunächst erfolgten telefonischen Anforderung sofort ein schriftlicher Antrag bei der nächsten Feuerwache einzureichen und ein Kostenvorschuss einzubringen. Dieser Kostenvorschuss beträgt für Befreiung eines kleinen Pumpwerks zum Auspumpen von Kellern mindestens 150 Mark, für Befreiung einer Kesselspritze mindestens 500 Mark.

Die Feuerwehr kann bei Anforderung eines kleinen Pumpwerks nur einen Beamten dazu stellen, der die Pumpe in Betrieb setzt und das Pumpen überwacht. Arbeitskräfte

zum Pumpen selbst muß der Besteller zur Verfügung haben. In dieses Letztere nicht der Fall, so können auf besonderes Ersuchen derartige Arbeitskräfte durch die Branddirektion beim städtischen Arbeitshaus auf Kosten des Bestellers angefordert werden.

Der Jüdischen Verein hält Dienstag, den 14. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums St. Johann, Fleischergasse, eine Versammlung ab. Tagesordnung: Unterstützung Angelegenheit und Arbeitsbeschaffung.

Kleine Nachrichten.

Der irische Freikampf hat, wie aus Genf gemeldet wird, Verhandlungen über seine Aufnahme in den Völkerbund eingeleitet.

Alle öffentlichen karnevalistischen Veranstaltungen sind für den Polizeidistrikt Berlin vom Berliner Polizeipräsidenten mit Zustimmung des Magistrats verboten.

In der Gehaltsbewegung der Berliner Schauspieler ist eine Einigung erzielt worden. Die Mindestgage beträgt 3000 Mark, die Feuerungszulage 50 Prozent (bei den Gehältern von 5000 bis 12000 Mark je 2000 Mark). Die Angelegenheit des Mitbestimmungsrechts der Schauspieler bei der Festsetzung der Kopfzahl des Ensembles wird vom Bühnenverein und von der Bühnengenossenschaft gemeinsam erledigt werden.

Auch in Sowjetrußland wird gestreikt. Der „Prawda“ zufolge sind die Arbeiter einer bekannten Schuhwarenfabrik in Moskau in den Streik getreten, da ihre Forderung, den Lohn um 100 Prozent zu erhöhen, nicht bewilligt wurde.

Auffällige Verhältnisse in Warschau. Das Wehrtechnische Prüfbureau meldet aus Warschau: Es fanden zahlreiche Verhaftungen in der zweiten Abteilung des Generalstabes statt. Die Presse spricht sehr diplomatisch über „sehr ernste Verhältnisse, die der Stadt unter Umständen in schwerster Gefahr stützen könnten“. Die zweite Abteilung des Generalstabes beschäftigte sich mit dem Sicherheitsdienst.

Veranstaltungs-Anzeiger

Sozialdemokratischer Verein Danzig.
8. Bezirk (Niederstadt). Donnerstag, den 9. Februar, abends 7 Uhr im Jugendheim: Mitgliederversammlung.
1. Lichtbildvortrag: „Das Land der tausend Seen“.
2. Vereinsangelegenheiten.
Arbeiter-Bildungsanstalt.
Donnerstag, den 9. Febr., 7 1/2 Uhr, dritter Vortrag des Kursus „Weltkrieg und Weltfrieden“. Eingelassene sind zum Preise von 1 Mk. an der Abendkasse zu haben.
Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter:
Donnerstag, den 9. Februar, abends 6 Uhr, bei Schmidtke, Schillinggasse 6: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Die Antwort des Senats auf unsere Lohnforderung. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Wasserstandsnotizen am 8. Februar 1922.

Zornhose . . .	5.2	6.2	Kurzbrack . . .	1.75	1.67
Warschau . . .	+1.26	+1.26	Montaurspige . . .	1.16	1.12
Wlad . . .	5.2	6.2	Dieskau . . .	1.24	1.21
Thorn . . .	+1.56	+1.56	Einlage . . .	2.00	2.14
Jordan . . .	5.2	6.2	Schwabenhorst . . .	2.26	2.20
Calw . . .	+1.40	+1.36	Schöna D. P. . .	6.60	6.60
Brandenburg . . .	7.2	8.2	Walden D. P. . .	4.48	4.68
	+1.34	+1.26	Neuhortelbühl . . .	2.02	2.00
	+0.82	-0.76	Anwachs . . .	1.19	1.05
	+1.37	+1.34			
	+1.14	+1.08			

Eisbruch vom 8. Februar 1922. Bericht: Von Km. 0 (Schilno) bis 194 Eisland mit Ausnahme von 84,7 bis 88 und 92 bis 98. Von 194 bis zur Mündung Bruchelstreiben und Jungel. Eisauflauf vor Ort bis 194, oberhalb Gattlau. — Eisbrechdampfer Straß und Dreweing brechen vor Ort, Montau Sirendenst, Ossa kreuzt in der Mündung, Rogat buntet in Eislage, Perse und Schwarzwasser beim Aufeisungsdiens im Danziger Hafengebiet. — Rogat: Eisbede.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Ernst Soops in Danzig; für Inserate Bruno Gwert in Oliva. — Druck von J. G. H. & Co., Danzig.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Heute, Mittwoch, den 8. Februar, abends 7 Uhr
Dauerkarten A 1.

Anna Bolenn

Ein Prolog und 6 Szenen von Emil Bernhard
In Szene gesetzt von Oberspielleiter Hermann Merz
Inspektion: Emil Werner.

Personen wie bekannt. Ende gegen 9 1/2 Uhr.

Donnerstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten B 1.
Neu einstudiert. Händel und Gretel. Märchen-
spiel. Hierauf: Tanzbilder.

Freitag, abends 6 1/2 Uhr. Dauerkarten C 1.
Tannhäuser und der Sängerkrieg auf der
Wartburg von Richard Wagner.

Sonnabend, abends 7 Uhr. Dauerkarten D 1.
Gajparone. Operette.

Sonntag, nachmittags 3 Uhr. Kleine Preise. Rosen-
hildchen.

Sonntag, abends 7 Uhr. Der Barbier von Sevilla.
Oper von Rossini.

Kaiser-Kaffee Passage

Telefon Nr. 3380 Inh.: H. Blossow

Internationales Kaffee ohne Musik Restaurant — Spielsäle

Größter Billardsaal im Freistaat

ff. Küche von 9 Uhr morgens bis Lokalschluß
Spezialität: Hühnerbrühe und ung. Gulasch
Weine der Firma Tesdorpf, Lübeck
Flaschenverkauf

Reichhaltigste Auswahl in- u. ausländischer Zeitungen am Platze

Linden-Kabarett

Altstadt, Graben 93 Direktion: Gust. Rasch Telefon 2908

Täglich
das mit großem Beifall aufgenommene

Eröffnungs-Programm

Alles andere sagt
Hans Schwarz

Wilhelm-Theater

verleiht mit dem Stadttheater Zoppot, Dir. Otto Normann

Heute, Mittwoch, den 8. Februar,
abends 7 1/2 Uhr
Kasseneröffnung 6 Uhr

„Der Vogelhändler“

Operette in 3 Akten von Karl Zeller.

Freitag, den 10. Februar:
„Der Vogelhändler“

Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Kohlenmarkt
von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr
an der Theaterkasse. (6047)

„Libelle“

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Lichtbild-Theater

III. Damm 8. (6093)

Spielplan
vom 8. bis 10. Februar 1922

Nur 3 Tage!

Der ausländische Episoden-Film
„Index“

Das Rätsel der Kriminalistik.
Abenteurer-Roman in 5 Teilen.
Ferner:
„Schattenpflanzen der Großstadt“
Kriminal-Sittendrama in 6 Akten.
Dieses Programm ist eins der besten.

Maskengarderoben

verleiht billig (6091)
Schibowski, Ritterg. 1.

Volkspflege

Bewerkschaftlich-Gewerkschaftliche
Berufsgenossenschaft
Mittelschichtgesellschaft
— Sterbekasse. —
Kein Polizeiverfall

Günstige Tarife für
Erwachsene und Kinder
Ankunft in den Bureaus
der Arbeiterorganisationen
und von der

Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Mattenbuden 35.

Badeanstalt Hansabad

Hansaplatz 14 Tel. 1533

3 Min. vom Hauptbahnhof.
Wannen-, Moor-, Fichtnadel-,
Kohlensäure- u. alle anderen
medizinischen Bäder. Gegen
Gicht, Rheumatismus und
Grippe russisch-römische
Bäder. (5951)

Möbelverkauf sehr billig!

Ganze Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel,
auch Büromöbel (6048)

Danziger Möbelfabrik

IV. Damm Nr. 8. Telefon Nr. 5623.

Möbel aller Art

wie (6085)

Schlafzimmer, Küchenmöbel, Standuhren
Speisezimmer und Polstermöbel

A. Huse, Danzig,

Fleischergasse 75-77 :: Telefon 1963.

Bahn-Kranke

werden sofort behandelt. Neue
Gebisse, Reparaturen in einem
Tage. Spezialität: Gebisse ohne
Platte. Gold-Kronen usw. unter
voller Garantie.

Dankschreiben über schmerzloses
Zahnziehen. Niedrige Kostenbe-
rechnung.

Institut für Zahnleidende

Telef. 2621 Bieffersdorf 71 1 2621
2621

Durchgehende Sprechzeit von 8-7 Uhr.

5936

High Class

Virginia

Tobacco for Pipe.

In allen einschlägigen
Geschäften erhältlich.

Freie Volksbühne

Danziger Festspiele (Werftspießhaus).

Am Donnerstag, den 9. Februar, Serie B.
Freitag, den 17. Februar, Serie C.

Die goldene Eva

Auffpiel in 3 Akten von Franz v. Schönthan und
Franz Koppel-Elsfeld.

Saalöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende 9 1/2 Uhr.
Die Ausgabe der Platznummern erfolgt nur gegen
Vorzeigung der Mitgliedskarte am Saaleingang.

Stroh-
Panama-
Velour-
Filtz-

Hüte

für Damen und Herren

werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten
Formen bei sorgfältigster Ausführung in
kürzester Zeit

umgepreßt,
gewaschen und gefärbt.

Stroh- und Filzhut-Fabrik Hut-Bazar zum Strauß

Annahmestelle
nur Lawendelgasse Nr. 8-7.
(gegenüber der Markthalle). (418)

Jede

Nähmaschine

reparieren schnell

Wilken & Söhne

HL. Geistgasse 127.
Fernruf 1237.

5884

Eine frdl. in best. Lage gel.
2 Zim. - Wohn. m. u. Zub.
u. Balk. wird baldmögl. geg.
eine 3-4 Zim. - Wohn. z. tausch.
ge. Off. u. 383a. d. Exp. d. Stg.

Wäsche

wird sauber gewaschen u. im
Freien getrockn. Fr. Brehke,
Schiditz, Weinbergstr. 2. (1)

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind
billig und erfolgreich.

Soeben erschienen!

Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe

III. Teil:
Neue Zeit
von M. Beer

Preis 12.— Mark

Buchhandlung Volkswacht

Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32

Robert Ehmann

Altstädtischer Graben 3
neben der Tabakfabrik M. A. Hasse.

Tuch-, Manufaktur-, Kurz- und Wollwaren
Anfertigung eleg. Herrengarderoben nach Maß

Damen-Kostüme und Mäntel.

Solange alter Vorrat, noch günstige Kaufge-
legenheit zu niedrigen Preisen.

Sämtl. Drucksachen

in geschmackvoller Ausführung liefert in
kürzester Zeit bei mäßigen Preisen

Buchdruckerei J. Gehl & Co.,

Danzig, Am Spendhaus 6. Telefon 3290

Zu verkaufen
Ein Paar fast neue hohe
Damentuchschuhe
(blau), Größe 39. Schalz.
Lsg., Neuhofland 10 b. (1)

Neue, eichene Bütte

verkauft
Strauß, Am Holzraum 14
(Sofeingang). (1)

Neu. juvel. Kinderwägen
od. erfahr. Kinderwagen für
2 Kinder, 1 1/2 u. 1/2 J. alt, bei
hoh. Lohn n. Oliva gel. Off.
mit Zeugnisabscr. u. 8 62
an die Exped. d. Stg. (6087)

Laufburden

für den Nachmittag such!
„Danziger Volkstimme“
Am Spendhaus 6. (1)